



NEWSLETTER

der Düsseldorfer SPD-Landespolitiker Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske, Marion Warden und Karl-Heinz Krebs

Überlegt: Gute Rahmenbedingungen für mehr Wohnungsbau



Fördersatzte und kräftige Tilgungsnachlässe verhelfen der Wohnbauförderung zu neuem Aufwärtstrend. Der soziale Mietwohnungsbau in NRW hat deutlich zugelegt. Die Wohnungsbauoffensive der nordrhein-westfälischen Landesregierung trägt Früchte. Und neben der bedarfsgerechten Finanzierung, die der Landtag bereits im April-Plenum auf Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen debattiert hat (Drucksache [16/11704](#)), müssen nun auch geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehören unter anderem die Maßnahmen, die im aktuellen Antrag der beiden Fraktionen aufgeführt sind:

- die Optimierung bauplanungsrechtlicher Bestimmungen durch die Bundesebene
- eine Lichtung der zum Teil widersprüchlichen Rechtsvorschriften für das Bauen verschiedenster Art
- ein zielorientiertes Liegenschaftsmanagement der Kommunen mit Flächenmobilisierung - insbesondere für den mietpreisgebundenen Wohnungsbau
- eine konsequente und zeitnahe Umsetzung des von Bundesbauministerin Barbara Hendricks vorgelegten 10-Punkte-Programms für mehr Wohnungsbau
- und nicht zuletzt auch Erleichterungen des Bauens mit Holz als eine wichtige Ergänzung des Wohnungsbaus in ökologischer wie bauphysikalischer Hinsicht.
- Der Antrag wurde am Mittwoch in den Landtag eingebracht.

Drucksache [16/11891](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen)

Überprüft: Land entlastet Kommunen bei Flüchtlingskosten



Die rot-grüne Landesregierung wird die Kommunen nochmals stärker entlasten und unterstützen bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen. Das geht aus dem Gesetzentwurf zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes hervor, der am Mittwoch im Plenum verabschiedet wurde. Demnach werden die Zuweisungen auf insgesamt rund 1,95 Milliarden Euro angehoben. Berechnungsgrundlage ist die prognostizierte Zahl von 181.134 Flüchtlingen in NRW zum Stichtag 1. Januar 2016. Zudem bekommen die Kommunen erstmals auch Geld für die 13.620 geduldeten Personen in NRW.

Dieser Betrag soll im Laufe des Jahres nochmals aufgestockt werden. Die tatsächliche Summe wird derzeit evaluiert, dafür melden die Kommunen die bei ihnen angekommenen Asylbewerberinnen und Asylbewerber an das Innenministerium. Die Erstattungsbeträge werden noch 2016 in den kommunalen Haushalten kassenwirksam. Schließlich haben die Kommunalen Spitzenverbände, die Landesregierung und die Fraktionen von SPD und Grünen im Dezember 2015 vereinbart, das im FlüAG geregelte Finanzierungssystem ab 2017 von der bisherigen jährlichen Pauschale auf eine monatliche Zahlung pro Flüchtling umzustellen.

Eine weitere Änderung ist die andere Zuteilung der Flüchtlinge auf die Kommunen. Städte, in denen Flüchtlinge registriert oder verteilt werden, müssen bis zu 1.000 Personen weniger aufnehmen. Davon profitieren vor allem die 'Drehkreuz'-Städte Köln, Dortmund und Düsseldorf, in denen Flüchtlinge mit Sonderzügen etwa aus Bayern angekommen sind. Ebenfalls entlastet werden auch Städte wie Münster, Herford und Niederaußem, in denen die Ankommenden registriert werden.

Verbesserungen wird es nach der Verabschiedung der Novelle auch bei der Erstattung der Gesundheitskosten geben: Künftig erstattet das Land den Städten und Gemeinden die Behandlungskosten, die über 35.000 Euro pro Jahr und Flüchtling hinausgehen. Derzeit liegt die Grenze bei 70.000 Euro.

All diese Maßnahmen verdeutlichen noch einmal unsere Entschlossenheit, die anstehenden Aufgaben an der Seite der Städte und Gemeinden gemeinsam zu bewältigen.

Drucksache [16/11251](#) (Gesetzentwurf der Landesregierung), [16/11904](#) (Beschlussempfehlung)

Überdacht: Vereinfachungen bei kommunalen Vollstreckungen



Am Mittwoch wurde über zwei Gesetze im Landtag debattiert, die unter anderem Zwangsvollstreckungen und die postalische Zustellung von wichtiger Amtspost wie Vollstreckungsbescheide regeln. Sowohl das Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW als auch das Verwaltungszustellungsgesetz NRW sollen überarbeitet werden. Das haben Evaluierungen ergeben, die 2014 und 2015 erhoben wurden. Dabei wurde unter anderem geprüft, ob die beiden Gesetze auch künftig noch erforderlich sind. Beide waren nur befristet und wurden bereits entfristet, da sie als weiterhin notwendig eingestuft worden sind. Über weitere Verbesserung, wie unter anderem eine vereinfachte Zustellung der Bescheide aus den kommunalen Verwaltungen, sollen

am Mittwoch im Landtag beraten werden. Darüber hinaus sollen weitere Vereinfachungen der Vollzugspraxis gesetzlich verankert werden. Unter anderem wird durch die Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes die Finanzlage der Kommunen positiv beeinflusst durch eine effizientere Beitreibung von Geldforderungen.

Drucksache [16/11845](#) (Gesetzentwurf der Landesregierung)

Überarbeitet: Landesplanungsgesetz wird novelliert



Mit der Novelle des Landesplanungsgesetzes, die am Mittwoch im Plenum behandelt wird, modernisiert die rot-grüne Koalition das Landesplanungsrecht. Wir ermöglichen mit den Änderungen eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung, schaffen Rechtsklarheit für wichtige Aufgaben wie die Leitentscheidung Garzweiler II und erleichtern Prozesse in der Raumplanung. Im Zuge der Aufstellung des neuen Landesentwicklungsplans (LEP) sind Anpassungen notwendig geworden. Der Dreiklang mit der Novelle Landesplanungsgesetz, dem neuen LEP und der Leitentscheidung zu Garzweiler II schafft verlässliche Rahmenbedingungen für die Flächennutzung und Raumentwicklung in NRW im

Interesse der Bürgerinnen und Bürger, der Kommunen und der Unternehmen.

Mit der am Mittwoch abschließend beratenen Novelle des Landesplanungsgesetzes wird ein wichtiger Teil dieses Dreiklangs umgesetzt.

Drucksache [16/9809](#) (Gesetzentwurf der Landesregierung), [16/11906](#) (Beschlussempfehlung), [16/11907](#)

Überbrücken: Finanzielle Unterstützung für Kindereinrichtung



Die rot-grüne Landesregierung wird das Gesamtsystem der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen in den kommenden drei Kindergartenjahren mit mehr als einer halben Milliarde Euro finanziell unterstützen. Dazu zählt das freiwerdende Geld aus dem gekippten Betreuungsgeld des Bundes ebenso wie die jährliche Steigerung der Kindpauschalen auf drei Prozent. Das ist eine Verdoppelung dieser Pauschalen.

Das zusätzliche Geld wird in den Kitajahren 2016/17, 2017/18 und 2018/19 eingesetzt, um der strukturellen Unterfinanzierung abzuweichen. So sollen Qualität, Personalmindeststandards und ein vielfältiges Angebot bis zur anstehenden großen gesetzlichen

Neustrukturierung gesichert werden. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde am Donnerstag von der Landesregierung im Landtag vorgestellt.

Drucksache [16/11844](#) (Gesetzentwurf der Landesregierung)

Überfällig: Studium und duale Ausbildung sind gleichwertig



In den vergangenen Monaten wurde versucht, duale Ausbildung und Studium gegeneinander auszuspielen. Dabei ergänzen sich berufliche und hochschulische Ausbildung komplementär. Sie sind weder konkurrierende Systeme, noch getrennte Welten. Den Fraktionen von SPD und Grünen geht es deshalb darum, die besten und für sie passenden Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen anzubieten. So profitieren die Menschen in NRW und auch die Wirtschaft. Ein modernes Verständnis von beruflicher Qualifikation und Hochschulbildung setzt dabei in hohem Maße auf wechselseitige Durchlässigkeit. Um diese aufzuzeigen und noch weiter zu verbessern, haben die Koalitionsfraktionen einen entsprechenden Antrag am Donnerstag in das Plenum eingebracht.

Drucksache [16/11890](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen)

Überzeugend: Zeichen für Europäische Union mit Großbritannien



Die nordrhein-westfälischen Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP nutzen die aktuelle Europawoche, um ein starkes Zeichen für einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union zu setzen. In einem gemeinsamen Antrag machten sie deutlich, dass der Verbleib in der europäischen Gemeinschaft wichtig ist. Natürlich wird der anstehende Volksentscheid am 23. Juni 2016 über die Mitgliedschaft in der EU als eine rein innerstaatliche Entscheidung der britischen Bevölkerung angesehen und unabhängig vom Ausgang respektiert. Dennoch habe wir im Landtag aus nordrhein-westfälischer Perspektive den Wunsch geäußert, dass Großbritannien Teil der EU bleiben möge.

Die vier Fraktionen brachten den Antrag am Donnerstag ins Plenum ein. Anlässlich des 70. Landesjubiläums erinnerten sie damit auch an eine wichtige Entscheidung der damaligen britischen Besatzungsmacht für NRW: Die Gründung unseres Bundeslandes wurde dadurch erst ermöglicht. Jedoch auch in Bezug auf die heutige Zeit wird deutlich, dass sowohl die wirtschaftlichen als auch die zivilgesellschaftlichen Beziehungen mit Großbritannien für unser Land von enormer Wichtigkeit sind.

Drucksache [16/11898](#) (Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP)

Über den Landtag entsendet: Markus Herbert Weske im Beirat Westspiel

Der Landtag fühlt sich auf dem Gebiet des Glücksspiels im besonderen Maße der Suchtprävention, dem Jugendschutz sowie der Kriminalitätsbekämpfung verpflichtet. Gerade den im öffentlichen Auftrag tätigen nordrhein-westfälischen Spielbanken („Westspiel“) kommt hierbei eine herausgehobene Bedeutung zu. Deshalb wird zukünftig ein entsprechender Beirat unter Einbeziehung von Vertretern des Landtages die Umsetzung der ordnungspolitischen Zielsetzungen des Glücksspielstaatsvertrags bei Westspiel begleiten. Für die SPD-Fraktion entsendet der Landtag den Düsseldorfer Finanzpolitiker Markus Herbert Weske in das Gremium.

Drucksache 16/11909

Fotonachweis

Wohnungsbau: Urheber: Jürgen Fälchle www.fotolia.com
Flüchtlinge: Urheber: kwarner www.fotolia.com
Zwangsvollstreckung: Urheber: DOC RABE Media www.fotolia.com
LEP Urheber: Tobias Arhelger www.fotolia.com
Kindergarten: Urheber: Aliaksei Lasevich www.fotolia.com
Duale Ausbildung: © Jörg Lantelme www.fotolia.com
Brexit: Urheber: jamdesign www.fotolia.com

V.I.S.D.P. Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske, Marion Warden, Karl-Heinz Krebs
SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 -0